

II- 3887 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 18. Dezember 1974
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

50.004/42-4/0/1-74

1834 /A.B.
zu 1821 /J.
Präs. am 3. Jan. 1975

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Scrinzi
und Genossen an die Frau Bundesminister
betreffend Unzukömmlichkeiten im Zusam-
menhang mit dem Mutter-Kind-Paß.
(Nr. 1821/J-NR/1974)

In der gegenständlichen Anfrage werden an
mich folgende Fragen gerichtet:

"1) Bis wann ist mit einer entsprechend ver-
besserten Neuauflage des Mutter-Kind-Passes zu
rechnen?

2) Werden Sie dabei auch die in Ihrem Mini-
sterium von den Ärzten deponierten Änderungsvor-
schläge berücksichtigen?

3) Wie wird Ihrerseits Vorsorge getroffen,
um bei dieser zweiten Auflage eine bessere Vertei-
lung innerhalb kürzerer Zeit zu gewährleisten?

4) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß es
zeitgerecht zu einer vertraglichen Einigung auch
zwischen den Kinderärzten und den Sozialversiche-
rungsträgern hinsichtlich des Entgeltes für die
erforderlichen Untersuchungen kommt?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1: Schon der Fortdruck des Mutter-Kind-Passes hat entsprechende Verbesserungen berücksichtigt.

Zu 2: Die von der Österreichischen Ärztekammer angekündigten Änderungsvorschläge werden nach deren Einlangen im nächsten Jahr mit Praktikern diskutiert und möglicherweise zu einer Änderung der Neuauflage des Mutter-Kind-Passes führen.

Zu 3: Die in der Anlaufphase bestandenen Engpässe bei der Verteilung dieses Dokumentes waren vor allem auf Lieferverzögerungen zurückzuführen. Diese Verzögerungen bestehen nicht mehr. Soweit es an meinem Bundesministerium liegt, ist jedenfalls alles vorgekehrt, damit die erforderliche Zahl von Mutter-Kind-Pässen vorhanden ist.

Zu 4: Ich bin an einem raschen Abschluß einer Einigung zwischen der Ärzteschaft und den Sozialversicherungsträgern interessiert. Aus diesem Grund habe ich mich in die laufenden Verhandlungen zwischen den Ärzten und den Sozialversicherungsträgern über den Abschluß eines Vertrages eingeschaltet.

Der Bundesminister:

de
Kerschbaumer